

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort.....	III
Inhaltsverzeichnis	V
Literaturverzeichnis	XIII
Materialienverzeichnis	XXIX
Einleitung.....	1
§ 1 Die Entscheidungsbefugnisse der Eltern.....	9
A. Die gemeinsamen Entscheidungsbefugnisse.....	9
I. Die Entscheidungsträger	9
II. Die elterliche Sorge als höchstpersönliches Recht	10
III. Umfang der Entscheidungsbefugnisse	11
1. Grundrechtlicher Schutz der Elternautonomie.....	12
a) Die Bedeutung der Elternautonomie.....	12
b) Die Elternautonomie als Grundrecht.....	13
aa) Die Elternautonomie als umfassendes Freiheitsrecht?.....	13
bb) Die Eltern-Kind-Beziehung als Treuhandverhältnis?.....	15
2. Die Bedeutung der Erziehung	18
a) Erziehung als Grundbegriff der Erziehungswissenschaften	18
b) Der gesetzliche Erziehungsbegriff.....	20
c) Anforderungen an die Qualität der Erziehung.....	24
d) Auswirkungen des gesetzlichen Erziehungs- verständnisses auf die Entscheidungsrechte der Eltern	25
3. Grenzen der Elternautonomie.....	25
a) Persönlichkeitsrechte des Kindes.....	26
aa) Absolute Schranken	26

bb) Relative Schranken.....	27
b) Der Kinderschutz	31
c) Erkenntnisse für die weitere Abhandlung.....	41
B. Die Alleinentscheidungsbefugnisse der Eltern.....	43
I. Kinderbetreuung als Voraussetzung	44
1. Verhältnis zwischen Obhut, persönlichem Verkehr, Betreuungsanteilen und elterlicher Sorge	45
a) Die Obhut.....	45
b) Der persönliche Verkehr.....	49
c) Die Betreuung zwischen Obhut und persönlichem Verkehr.....	51
d) Elterliche Sorge und Kinderbetreuung.....	55
2. Der betreuende Elternteil im Sinne von Art. 301 Abs. 1 ^{bis} ZGB	59
a) Rechtsprechung.....	59
b) Methodische Auslegung.....	60
aa) Grammatikalische Auslegung.....	61
bb) Systematische Auslegung.....	62
cc) Historische Auslegung	64
dd) Teleologische Auslegung.....	65
c) Ergebnis.....	71
II. Die übrigen Tatbestandsvoraussetzungen von Art. 301 Abs. 1 ^{bis} ZGB	71
1. Die alltägliche Angelegenheit (Abs. 1 ^{bis} Ziff. 1).....	71
a) Bedeutung des Begriffs der alltäglichen Angelegenheit....	71
b) Entscheidungen mit erheblicher Tragweite.....	73
aa) Beurteilung der Tragweite einer Entscheidung.....	73
bb) Enge Auslegung des Begriffs der Alltagsangelegenheit?	76
cc) Konkretere Gesetzesbestimmung oder Fallgruppen als sachgerechtere Lösung?	80

dd)	Die Kostenfolgen als massgebendes Zuordnungskriterium?.....	84
ee)	Ausgewählte Beispiele	85
aaa)	Wahl der Bildungsinstitution	85
bbb)	Änderungen in der Betreuungsart	86
ccc)	Fragen rund um die Ernährung.....	90
ddd)	Impfungen und Homöopathie.....	91
eee)	Medienkonsum	93
fff)	Sharenting	94
ggg)	Zahnbehandlungen.....	95
hhh)	Bekleidung, Frisur und Körperschmuck	96
iii)	Ferien des Kindes.....	97
jjj)	Zu berücksichtigende spezialgesetzliche Regelungen.....	99
c)	Die Gestaltungsfreiheit des anderen Elternteils	99
2.	Die dringliche Angelegenheit (Abs. 1 ^{bis} Ziff. 1).....	100
3.	Die Unerreichbarkeit (Abs. 1 ^{bis} Ziff. 2).....	103
III.	Wirkt Art. 301 Abs. 1 ^{bis} ZGB nur im Innenverhältnis?	106
IV.	Übergesetzliche Alleinentscheidungsbefugnisse	107
V.	Überschreitung der Alleinentscheidungsbefugnisse	109
C.	Die Uneinigkeit der Eltern	110
I.	Verpflichtung zu einvernehmlichem Handeln	110
1.	Allgemeine Grundsätze.....	110
2.	Andere Regelungsmodelle für die Ausübung der gemeinsamen elterlichen Sorge	114
a)	Die Schweiz zwischen Einzelvertretungsmacht und Konsenspflicht.....	114
b)	Vor- und Nachteile des Konsensmodells.....	115
3.	Kritische Würdigung der Schweizer Lösung	118
a)	Konsequenterer Umsetzung des Konsensmodells?	118

b)	Umfassendere Alleinentscheidungsbefugnisse des betreuenden Elternteils?.....	120
c)	Separate Regelung bei alternierender Obhut?.....	124
II.	Interventionsmöglichkeiten der Behörden bei andauernder Uneinigkeit	126
1.	Formen der Intervention.....	126
2.	Berechtigte Kritik an der Geschwindigkeit des Verfahrens?.....	131
3.	Sicherung der behördlichen Anordnungen mit Ungehorsamsstrafen (Art. 292 StGB)?.....	134
III.	Nach welchen Kriterien soll die Behörde entscheiden?	135
D.	Die Mitsprache- und Informationsrechte des besuchsberechtigten Elternteils.....	140
§ 2	Das Aufenthaltsbestimmungsrecht als besondere Entscheidungsbefugnis	145
A.	Das Zustimmungserfordernis bei gemeinsamer elterlicher Sorge.....	145
I.	Der Aufenthaltsort zwischen gewöhnlichem Aufenthalt und dem Wohnsitz des Kindes	145
1.	Der Aufenthaltsort im Sinne von Art. 301a ZGB	146
2.	Der Wohnsitz des Kindes	150
II.	In welchen Fällen ist eine Zustimmung erforderlich?	152
1.	Bei einem Wechsel des Aufenthaltsorts ins Ausland (lit. a) ...	152
2.	Bei einem Wechsel des Aufenthaltsorts im Inland (lit. b)	155
a)	Auswirkungen auf die Ausübung der elterlichen Sorge und den persönlichen Verkehr?	155
b)	Ausmass der Auswirkungen.....	156
aa)	Erhebliche Auswirkungen auf die Ausübung der elterlichen Sorge	156
bb)	Erhebliche Auswirkungen auf den persönlichen Verkehr oder die Betreuungsanteile.....	157
III.	Das Verhältnis zu Art. 301 Abs. 1 ^{bis} ZGB	160
1.	Ausweitung der Alleinentscheidungsbefugnisse im Bereich der Aufenthaltsbestimmung.....	160

2.	Alleiniger Umzug des Kindes.....	162
3.	Weitere Abgrenzungen	165
a)	Längere Auslandsreisen.....	165
b)	Vernachlässigung und Gefahr im Verzug.....	165
IV.	Alleinzuteilung des Aufenthaltsbestimmungsrechts	167
B.	Die behördliche Genehmigung bei verweigerter Zustimmung des anderen Elternteils	171
I.	Die geltende Rechtsprechung und Lehre.....	171
II.	Kritische Würdigung	177
C.	Modalitäten der Zustimmung beziehungsweise der Genehmigung.....	181
I.	Rechtsnatur und Form.....	181
II.	Der massgebende Zeitpunkt.....	182
D.	Die Verletzung von Art. 301a Abs. 2 ZGB.....	186
I.	Sanktionsmöglichkeiten.....	186
1.	Grundsatz.....	186
2.	Indirekte Durchsetzung.....	187
3.	Der Rechtsmissbrauch im Besonderen.....	189
4.	Strafbarkeit nach Art. 220 StGB?	191
II.	Instrumente zur Verhinderung eines widerrechtlichen Umzugs.....	194
E.	Die Informationspflichten gemäss Art. 301a Abs. 3 und 4 ZGB.....	195
I.	Die Adressaten der Informationspflichten	195
II.	Die Rechtsstellung des nicht sorgeberechtigten Elternteils im Besonderen	199
III.	Informationspflicht gegenüber dem Kind?	204
IV.	Verletzung der Informationspflichten	205
F.	Die Anpassung der Kinderbelange oder der Verbundsentscheid	206
G.	Verfahrensrechtliche Aspekte.....	208
I.	Grundsätzliches.....	208
II.	Die Zuständigkeiten und die Verfahrensart im Besonderen	211
1.	Die Zuständigkeiten	211

a)	Sachliche Zuständigkeit	211
b)	Örtliche Zuständigkeit	216
c)	Internationale Zuständigkeit	217
2.	Die Verfahrensart	219
III.	Die aufschiebende Wirkung des Behördenentscheids	221
IV.	Vorsorgliche Bewilligung des Umzugs bei zeitlicher Dringlichkeit?	223
§ 3	Elternvereinbarungen	227
A.	Begriff und Nutzen von Elternvereinbarungen	227
I.	Begriffliche Abgrenzungen	227
II.	Elternvereinbarungen als Ausdruck eines modernen Familienrechts	230
1.	Verwirklichung der Grundsätze eines modernen Familienrechts	230
2.	Die Elternvereinbarung als bindendes Glied oder: das Familienverständnis nach einer Trennung	234
3.	Die Elternvereinbarung aus der Sicht des Kindes	239
B.	Die Rechtsverbindlichkeit der Elternvereinbarung	243
I.	Abschluss der Elternvereinbarung	243
II.	Vereinbarungen über die Entscheidungsbefugnisse im Allgemeinen	245
1.	Ausgangslage	245
2.	Zuordnung einzelner Entscheide zu den alltäglichen oder grundlegenden Belangen	246
a)	Unterscheidung zwischen Entscheidungsbefugnissen und einzelnen Entscheiden	246
b)	Bindungswirkung der Übertragung einzelner Entscheide	247
3.	Ausdehnung der Alleinentscheidungsbefugnisse	250
4.	Einschränkung der Alleinentscheidungsbefugnisse	255
5.	Auswahl spezifischer Abreden	258
a)	Vereinbartes Prioritätsrecht	258

b)	Vereinbarungen über die religiöse Erziehung	259
c)	Erweiterung der Entscheidungskompetenzen des Besuchsberechtigten.....	260
d)	Übertragung der Entscheidungsbefugnisse auf Dritte.....	260
e)	Vereinbarungen über den Informationsaustausch.....	262
f)	Mitentscheidungsbefugnisse für Eltern ohne elterliche Sorge	263
6.	Berücksichtigung veränderter Verhältnisse	264
a)	Vereinbarungen über einzelne Entscheide	264
b)	Die Delegation von Entscheidungsbefugnissen im Besonderen.....	265
aa)	Absprachen über Abänderungen der Elternvereinbarung.....	265
bb)	Behördliche Abänderung auf einseitigen Antrag.....	266
cc)	Kündigung aus wichtigem Grund.....	268
dd)	Dauerhafte Missachtung der Elternvereinbarung.....	269
ee)	Abänderung von Amtes wegen	269
7.	Durchsetzung der Elternvereinbarung.....	270
a)	Behördliche Genehmigung von Elternvereinbarungen ...	270
aa)	Genehmigungspflicht.....	270
bb)	Genehmigungsmöglichkeit.....	272
cc)	Wirkungen der Genehmigung	273
dd)	Berücksichtigung des Kindeswohls	274
b)	Erfüllungsanspruch	275
c)	Vereinbarung einer Konventionalstrafe	277
d)	Die Streitschlichtungsklausel	278
aa)	Allgemeines.....	278
bb)	Die Streitschlichtungsklausel als Prozess- voraussetzung	279

e) Die Elternvereinbarung im superprovisorischen Rechtsschutz	281
f) Zuständigkeit für Klagen auf Vertragserfüllung oder -anpassung	282
g) Schiedsfähigkeit der Elternvereinbarung	283
III. Vereinbarungen über den Aufenthaltsort des Kindes im Besonderen	285
1. Vereinbarungen über den Wechsel des Aufenthaltsorts.....	285
a) Vereinbarungen über eine oder mehrere Umzugsmöglichkeiten	285
b) Vereinbarungen über das Aufenthaltsbestimmungsrecht...286	
aa) Übertragung des Aufenthaltsbestimmungsrechts auf einen Elternteil.....	286
bb) Ausdehnung des Zustimmungserfordernisses	288
cc) Vereinbarung eines Perspektivenwechsels für den Konfliktfall	289
2. Vereinbarungen über die Obhut in Zusammenhang mit einem Wechsel des Aufenthaltsorts.....	290
3. Vereinbarungen über den Wechsel des Aufenthaltsorts im Anwendungsbereich des Haager Kindes- entführungsübereinkommens	292
Zusammenfassende Schlussbemerkungen.....	299
A. Die Entscheidungsbefugnisse der Eltern	299
B. Das Aufenthaltsbestimmungsrecht als besondere Entscheidungsbefugnis.....	304
C. Elternvereinbarungen	312
Lebenslauf	323